

# Müll – zu 90 Prozent von der Wirtschaft produziert

Bernd Roling

*370 Kilo Müll pro Bundesbürger, das ist viel zu viel. Ich komme im Jahr bequem mit 50 Kilo für die Abfalltonne aus,* meinte ein junger Zuhörer kürzlich auf dem Kongreß des baden-württembergischen Umweltministeriums mit dem Titel *Leben ohne Müll*. Dieses Motto freilich ist unbestritten eine Utopie. Aber strittig ist, wieviel Müll sich ohne große Umstände vermeiden läßt.

Umweltbewußte Privatleute können bei Verpackung und Glas sparen

*Gut 20 Prozent des im Haushalt anfallenden Mülls sind leicht vermeidbar,* betont der Abfallwissenschaftler Dieter Kolb aus Berlin. Im Auftrag des Umweltbundesamtes hat er zwei Jahre lang 80 Haushalte beobachtet und dabei herausgefunden, daß der Durchschnittsbürger, der Müll vermeiden will, am besten bei der Verpackung und beim Glas ansetzt. Wer hier aufpaßt und beispielsweise nur Pfandflaschen kauft, der hat bereits 80 Prozent des leicht erschließbaren Sparpotentials genutzt. Weit schwieriger ist es, Kunststoffmüll oder Verbundstoffe zu vermeiden. Da gibt es kaum Alternativen. Schon der Versuch, Quark- und Joghurtbecher überflüssig zu machen, ist selbst bei umweltbewußten Leuten meist zum Scheitern verurteilt. Der einzige Ausweg besteht nämlich darin, seinen Quark oder sein Joghurt zu Hause herzustellen. *Ich habe es auch probiert,* bekannte Dieter Kolb auf dem Müllkongreß, *aber meine Kinder wollten's nicht essen, und mir selber hat es auch nicht geschmeckt.*

Dieses Beispiel zeigt: Wer wirklich konsequent Müll vermeiden will, der muß Zeit und Mühe investieren. Und dazu sind die Haushalte in der Bundesrepublik beileibe nicht alle bereit, auch wenn es große Unterschiede zwischen den verschiedenen Haushaltstypen gibt. Am besten schnitten in der Berliner Untersuchung drei- bis vierköpfige Familien ab. Bei ihnen war die Bereitschaft, beispielsweise Papier und Glas aus dem Hausmüll auszusortieren und in Wertstoffcontainer zu bringen, am größten. Vielfach halfen dabei die Kinder gerne mit, ja teilweise brachten sie sogar ihre weniger umweltbewußten Eltern auf Trab. Auf der anderen Seite aber strengten sich berufstätige Ehepaare, die meist wenig Zeit haben, relativ wenig an, die Müllberge klein zu halten. Das extreme Negativbeispiel im Berliner Versuch waren alleinstehende Mütter mit Kleinkind. Sie müssen dauernd hetzen und können sich kaum

Zeit nehmen, Wertstoffe auszusortieren oder beim Einkaufen verpackungsarme Artikel zu suchen. Umweltbewußte Kunden müssen dabei auch noch kräftig draufzahlen. Dazu legte Dr. Werner Bindlingmaier vom Institut für Siedlungswasserbau und Abfallwirtschaft an der Universität Stuttgart Anfang Oktober 1988 beim Müllkongreß auf dem Killesberg interessante Zahlen vor: Wenn ein Durchschnittshaushalt sich bemüht, weniger aufwendig verpackte, alternative Produkte zu kaufen, dann vermeidet er im Vergleich zu anderen Haushalten 30 Prozent des Abfalls, muß aber rund 4000 Mark Mehrkosten hinnehmen. Zudem verringert sich die Müllgebühr um keinen Pfennig, denn diese Gebühr setzt im Regelfall an der Zahl der Personen pro Haushalt an. Wieviel Abfall sie liefern, spielt keine Rolle.

Abrechnung nach Gewicht:

Wer wenig Müll abgeliefert, wird belohnt

Doch es gibt auch einzelne Ansätze, diejenigen zu belohnen, die wenig Müll verursachen, und jene zu bestrafen, die nicht umweltbewußt handeln. So wird die Müllgebühr im Rems-Murr-Kreis nach Gewicht abgerechnet, allerdings nicht pro Haushalt, sondern pro Gemeinde. Das ist einfacher, denn da muß man nur die vollen Müllfahrzeuge wiegen und den Kommunen zuordnen. Dabei haben sich im Rems-Murr-Kreis beachtliche Unterschiede ergeben: Das Müllaufkommen schwankt zwischen 150 und 340 Kilo pro Einwohner und Jahr. Besonders große Fortschritte wurden in den Kommunen registriert, in denen man intensiv für die Kompostierung von Speiseresten und Gartenabfällen sorgt, denn sie wiegen relativ viel. Bemerkenswert ist aber, daß auch diejenigen Gemeinden, die vergleichsweise viel Abfall anliefern, immer noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 370 Kilo pro Einwohner bleiben. Das liegt mit daran, daß sich der Rems-Murr-Kreis bereits seit Jahren intensiv um das Recycling von Wertstoffen kümmert und beispielsweise auch Styropor aussortiert und wiederverwertet. Und die Bürger machen in großem Umfang mit, weil es viele kleine Recyclinghöfe ganz in ihrer Nähe gibt.

Ihre Unterhaltung kostet freilich Geld; und das ist mit ein Grund dafür, daß die Müllgebühren im Rems-Murr-Kreis zum Jahresbeginn 1989 deutlich angehoben worden sind. Überspitzt kann man so-





gar generell feststellen, daß die Landkreise, die sich in besonderer Weise um die Müllvermeidung und das Recycling bemühen, relativ hohe Kosten haben. Und die Landkreise, die kein Geld für Recyclinghöfe ausgeben und nur wenige Sammlungen für Problemüll anbieten – mit der Folge, daß manch ein Lackrest oder quecksilberhaltiges Thermometer in der Mülltonne landet –, die kommen kurzfristig billiger weg. Die Bürger dieser Kreise belasten die Umwelt stärker, aber dafür werden sie nicht zur Kasse gebeten.

Druckmittel des Landes:

Das Kommunalabgabengesetz ändern

Der baden-württembergische Umweltminister Dr. Erwin Vetter will jedoch dafür sorgen, daß jeder, der Müll verursacht, auch für die Gesamtbelastung bezahlen muß. Dazu will er in Kürze das Kommunalabgabengesetz ändern. Sein Ziel: Die Deponiebetreiber sollen in die Lage versetzt werden, daß sie nicht nur im Augenblick anfallende Kosten, etwa für das Betreiben von Müllkippen, in Rechnung stel-

len dürfen, sondern auch Folgekosten wie beispielsweise die Sanierung von Problemdeponien, die das Grundwasser belasten.

Wenig hält Umweltminister Vetter dagegen von dem Vorschlag, die Müllanlieferung mit Hilfe einer Sonderabgabe zu verteuern. Technisch wäre es leicht möglich, bei jeder Müllanlieferung diese Sonderabgabe zu erheben; aber Vetter betont, daß die Einführung einer solchen Müllabgabe in der Bundeskompetenz liegt. Er befürchtet, daß es viel zu lange dauert, ehe hier ein neues Bundesgesetz auf dem Tisch liegt. Das Kommunalabgabengesetz dagegen kann man auf Landesebene ändern, und dazu will Vetter noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen.

Parallel dazu überlegen die Experten im Umweltministerium, wie man die Müllgebühr stärker nach dem Gewicht staffeln könnte. Es gibt bereits Pilotverfahren, bei denen jeder Behälter, der in ein Müllfahrzeug gekippt wird, gleich gewogen wird. Doch das klappt nur, wenn der Wagen völlig eben steht. Bei hügeligem Gelände wird die exakte Messung schwierig. Trotzdem will das Stuttgarter Umweltmi-



nisterium hier einen konkreten Versuch starten, denn eins ist klar: Je höher die Müllgebühren werden – der Trend zeigt steil nach oben –, desto wichtiger wird, die Umweltbewußten zu belohnen und die anderen zu bestrafen.

Müllaufkommen der Haushalte stagniert, das der Wirtschaft steigt immer noch

Das freilich gilt nicht nur für die Haushalte, sondern auch für die Wirtschaft. Und hier liegt in Baden-Württemberg noch vieles im Argen. Während das Müllaufkommen der Haushalte stagniert, steigt das Müllaufkommen der Wirtschaft immer noch, denn die Firmen sind nun mal weit weniger umweltbewußt als viele Bürger. Für die meisten Wirtschaftsbosse zählen halt nur nüchterne Bilanzen, und im Augenblick ist es in vielen Branchen immer noch billiger, große Abfallmengen in Kauf zu nehmen, als auf abfallarme Produktionsverfahren zu setzen. Auf diesem Feld erkenne er bisher zu *wenige positive An-*

*sätze*, kritisierte Umweltminister Vetter denn auch kürzlich bei der Eröffnung des Müllkongresses. In Zukunft sollten nur noch solche Abfälle entsorgt werden, die weder durch die Umstellung von Produktionsverfahren vermieden noch innerhalb oder außerhalb der Betriebe verwertet werden könnten. Dies bedeute, daß die Produzenten künftig die Gesamtverantwortung für den Lebenslauf ihrer Produkte tragen müßten. Diesen Worten will Dr. Erwin Vetter auch Taten folgen lassen. Eine Möglichkeit bietet ihm § 5 des Bundesimmissionsschutzgesetzes, bei dem es um die Reststoffe geht, die in genehmigungspflichtigen Anlagen entstehen. Hier können die Behörden auch im nachhinein noch strengere Auflagen durchsetzen. Doch dieses Instrument wurde in Baden-Württemberg bisher noch nicht genutzt. Inzwischen hat Umweltminister Vetter zwar den Gewerbeaufsichtsämtern die Weisung erteilt, diesem Problem mehr Aufmerksamkeit zu widmen, doch in der Praxis gibt es dabei große Schwierigkeiten. Denn die Gewerbeaufsichtsämter leiden seit

◀ Der Wald ist kein Kuttereimer für den Abfall der Wohlstandsgesellschaft.

Mühsam, aber erfolgreich: Vereine und karitative Einrichtungen sammeln Altpapier, das wieder verwertet werden kann.





Jahren unter Personalmangel. Außerdem sind viele Mitarbeiter überfordert, wenn sie jetzt neben den seitherigen Aufgaben im Bereich des Arbeits- und des Umweltschutzes auch noch beurteilen sollen, ob ein Betrieb es zuläßt, daß zu viel Abfall entsteht. Dazu muß man die Herstellungsverfahren und mögliche Alternativen kennen, und hier wissen die Firmenvertreter im Regelfall weit besser Bescheid als die Mitarbeiter der Gewerbeaufsicht. Folglich bleibt der § 5 des Bundesimmissionsschutzgesetzes weitgehend stumpf.

Abfallarme Verfahren kann nur der Bund durch Gesetze und Ökosteuern erzwingen

Letztlich kann man die Wirtschaft nur dann dazu zwingen, verstärkt abfallarme Verfahren einzuführen, wenn man in Bonn entsprechende Gesetze erläßt. Doch hier sind keine Aktivitäten erkennbar, die wirklich für eine tiefgreifende Änderung sorgen könnten. Vielmehr handelt die Bundesregierung im gesamten Bereich der Müllvermeidung sehr zögerlich. So konnte sich Bundesumweltminister Klaus Töpfer nur nach langem Hin und Her mit seinem Vorschlag durchsetzen, 50 Pfennig Zwangspfand für Kunststoff-Flaschen einzuführen. Dabei ist das keineswegs eine überzeugende Lösung. Besser wäre es nach Ansicht der Umweltschutzverbände gewesen, diese Flaschen ganz zu verbieten. Doch mit Verboten für die Wirtschaft tut sich die Bonner Koalition schwer. Auch von Abgaben oder Ökosteuern hält sie wenig, obwohl es sich dabei um marktwirtschaftliche Instrumente handelt. Denn Ökosteuern oder Umweltabgaben beeinflussen das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage mit dem Ziel, daß umweltschädigende Produkte oder Verfahrensweisen verteuert und möglichst vermieden werden. Einzelne CDU-Politiker wie die niedersächsische Finanzministerin Birgit Breuel haben sich zwar inzwischen für solche Ökosteuern ausgesprochen, doch konkrete Pläne der Bundesregierung gibt es nicht.

Folglich sieht sich die Wirtschaft auch nicht unter Druck gesetzt und arbeitet in vielen Bereichen so weiter wie eh und je. Und solange es billiger ist, mit den Rohstoffen zu aasen und am Ende große Rückstände in Kauf zu nehmen, statt von vornherein auf abfallarme Produktionsverfahren zu setzen, wird sich wenig ändern. Das aber ist eine düstere Perspektive. Denn in Baden-Württemberg kommen 90 Prozent des Mülls aus der Wirtschaft; die Haushalte sind nur mit zehn Prozent am gesamten Abfallaufkommen beteiligt. Und dabei hängen sie teilweise auch noch von der Industrie und ihren Angeboten ab.

Müllnotstand in Baden-Württemberg:  
Der Sondermüll muß exportiert werden

Auf dem Müllkongreß des baden-württembergischen Umweltministeriums verdeutlichte Tilmann Höhfeld von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher das am Beispiel der Armbanduhr: *Früher konnte man seine Uhr aufziehen, heute braucht man quecksilberhaltige Batterien.* Taschenrechner, Walkman, Spielzeug für Kinder, alles verlange nach Batterien. Selbst die Deutsche Bundespost schrecke nicht davor zurück, mit den klingenden Telegrammen sich diesem Trend anzuschließen. Generell kämen immer mehr Produkte auf den Markt, die schlichtweg umweltunverträglich seien. Hier müßten Industrie und Handel künftig verstärkt ihrer umweltpolitischen Verantwortung gerecht werden.

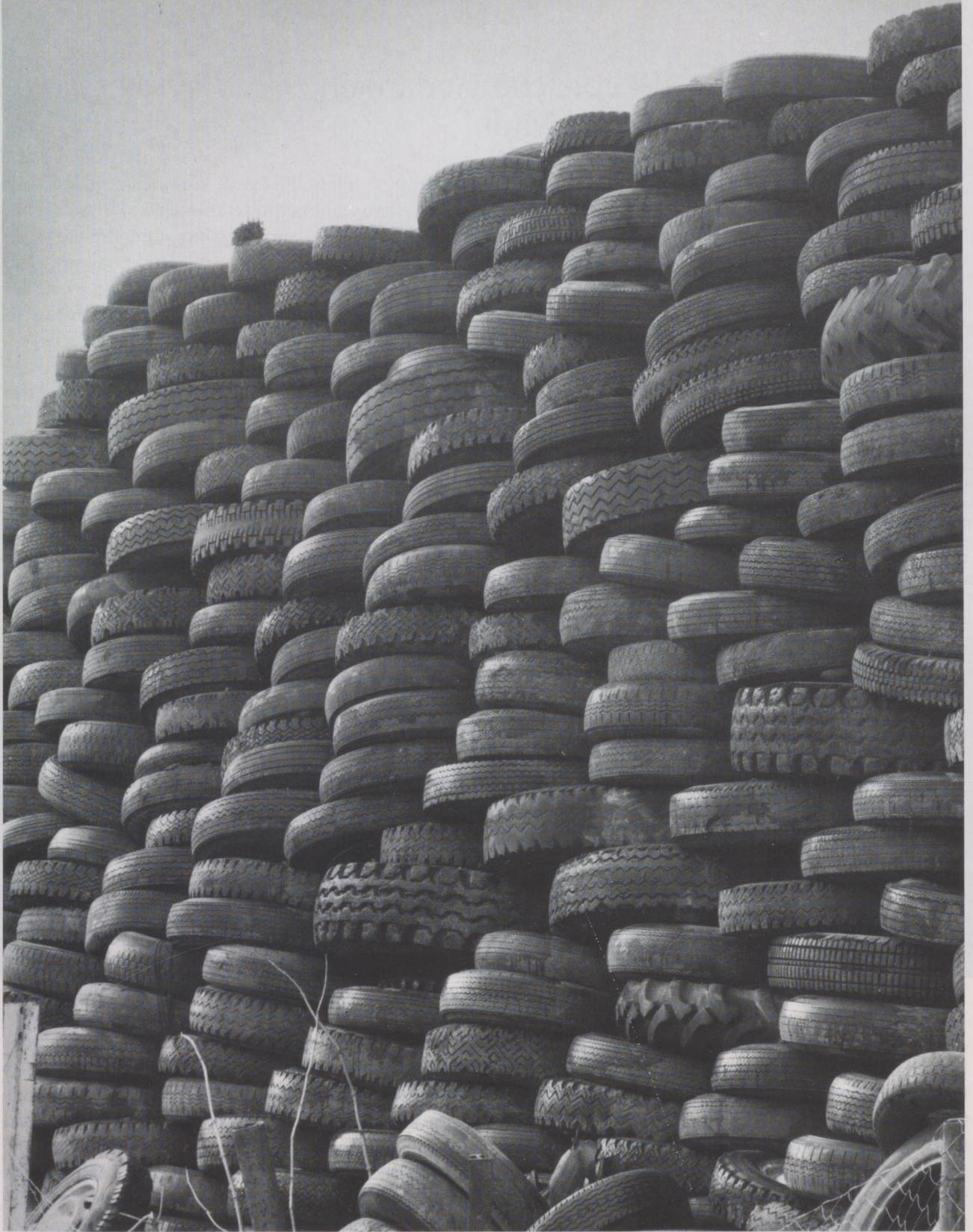
Doch solche Appelle haben bisher wenig gebracht. Für Druck sorgt vorerst lediglich eins: der sich immer mehr ausbreitende Müllnotstand. Beim Sondermüll beispielsweise ist Baden-Württemberg auf den Export angewiesen. Aber die Ausfuhr wird immer schwieriger. So ist etwa Giftmüll der Salacher Firma Weber aus der Türkei zurückgekommen. Oder die Stadt Lübeck wehrt sich zunehmend dagegen, daß etliche Bundesländer, darunter auch Baden-Württemberg, ihren Sondermüll nach Schönberg in die DDR karren. Denn diese Deponie liegt nahe an der Grenze, und die Stadt Lübeck fürchtet um ihr sauberes Grundwasser.

Falls die Probleme beim Sondermüllexport zunehmen, muß damit gerechnet werden, daß einzelne Firmen in Baden-Württemberg ihren Betrieb einschränken und schlimmstenfalls sogar schließen müssen. Hier drohen große Gefahren, die nicht zu verharmlosen sind. Denn auch die Beseitigung normaler Produktionsabfälle wird immer schwieriger. Zwar erzeugt jeder Dreck, doch nach dem Sankt-Florians-Prinzip will keiner ihn vor seiner Haustür deponieren oder verbrennen lassen. Staatliche Zwangsmaßnahmen werden immer wahrscheinlicher, obwohl die Politiker davor zurückscheuen.

Rezept für Standort von Verbrennungsanlagen:  
Dort bauen, wo der Dreck produziert worden ist

Letztlich kommt man bei der Lösung der Müllprobleme nicht daran vorbei, den Dreck dort zu beseitigen, wo er entstanden ist. In diesem Sinne sucht das Umweltministerium, das zunächst nur in Kehl eine Sondermüll-Verbrennungsanlage bauen wollte, inzwischen auch im Mittleren Neckarraum nach einem weiteren Standort. Er soll 1990 konkret be-





annt werden. Schon heute läßt sich unschwer vorhersagen, welche lebhaftere Diskussionen das auslösen wird. Aber der meiste Sondermüll entsteht nun mal im Großraum Stuttgart, also muß er im Sinne des Verursacherprinzips auch hier beseitigt werden. Analoges gilt für Produktionsabfälle und Hausmüll. Es geht nicht an, daß in den Ballungsräu-

men produziert wird und daß man den Dreck in ländliche Gebiete abschiebt!

Zum Schluß noch eine boshafte Bemerkung: Je mehr Manager ungeliebte Müllbeseitigungsanlagen direkt vor die Haustür bekommen, desto mehr Mitstreiter für abfallarme Produktionsverfahren werden sich in den Vorstandsetagen finden.